Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 9

Artikel: Eidgenössische Wahlen 1987 : Tarif-Wahlen oder mehr Transparenz
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340503

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Tarif-Wahlen oder mehr Transparenz

Die Schweizer Parlamentarier und Parlamentarierinnen sind harte Wahlkämpfe, wie sie zum Beispiel in der Bundesrepublik geführt werden, nicht gewöhnt. Ein Indiz dafür: die Wehleidigkeit, mit der von ihnen und ihren vor allem bürgerlichen Hof-Blättern die im Laufe der letzten Monate erschienenen «Tarife» beklagt werden.

Diese Tarife geben über eine Auswahl der mittlerweile 54 Namensabstimmungen der laufenden Legislatur Auskunft über das Stimmverhalten unserer Volksvertreter und Vertreterinnen. Das scheint vielen etwas Unerhörtes zu sein. Da werden ja die Damen und Herren sogar bei ihrer Stimmabgabe behaftet!

Bis zu dem Zeitpunkt, als vor allem die SPS mit Namensabstimmungen zeitweilige «Glasnost» im Parlament schuf, gab es nur summarische Abstimmungsresultate. Und vor den Wahlen etwa eine Aufstellung der Schweizerischen Depeschenagentur, welche Räte und Rätinnen wie oft geredet haben. Das ist politisch natürlich weniger brisant als der Nachweis darüber, welche Parlamentarier bei den Abstimmungen über die N4 von einer umweltfreundlichen Haltung in die alte Betonpolitik zurückgekippt sind (Basler SVP, Hari SVP, Hofmann SVP, Iten CVP, Schnider CVP, Schnyder SVP, Ziegler CVP). Volle Transparenz gibt es aber nach wie vor nicht. Vor allem die bürgerlichen Parteien verhinderten bereits 1980 (auf einen Vorstoss der SP hin) die Einführung eines elektronischen Abstimmungsverfahrens im Nationalrat. Ende 1984 scheiterte ein zweiter Anlauf, diesmal auf Initiative der LdU/EVP-Fraktion hin. Von der FDP-Fraktion sprachen sich im Dezember 1984 bloss sieben Parlamentarier, von der CVP acht für dieses Verfahren aus. Es gäbe Auskunft über *jede* Abstimmung im Nationalrat. Der Vorwurf, die «Tarife» seien bloss eine kleine Auswahl, wäre dann hinfällig. Eine Motion für das elektronische Verfahren hat die SP auch bereits wieder eingereicht.

Für die kommende Legislatur gibt es nur noch zwei Möglichkeiten für die Bürgerlichen, ihr Negativ-Image bei den «Tarifen» loszuwerden. Entweder inszenieren sie – wie bisher die Linke und der Landesring – zig Namensabstimmungen zu ihren politischen Themen, um ihrerseits die Linke namentlich zu behaften. Oder aber sie stimmen dem elektronischen Abstimmungsverfahren zu. Denn selbstverständlich ist zu erwarten, dass auch 1987 bis 1991 in «empfindlichen» politischen Bereichen die zeitlich umständlichen Namensabstimmungen durchgeführt werden. *Eine Weigerung der bürgerlichen Parteien gegenüber dem elektronischen Verfahren müsste mithin heissen, dass sie nicht nur an mehr Transparenz, sondern eben auch an mehr Effizienz (= Zeitersparnis) nicht interessiert sind!*

Der neueste der «Tarife», präsentiert durch den Landesring, ist eine Auswertung von sieben Abstimmungen, in denen es im weitesten Sinne um Volksrecht ging: um das doppelte Ja, um die Gesetzesinitiative, um eben gerade dieses elektronische Abstimmungsverfahren, um die Zulassungsbeschränkung zum Bundesgericht, um die Preisüberwachung (konkret: den Versuch, den Volksentscheid zu kastrieren), um die N4-Abstimmung, also das Übereinstimmen eines zürcherischen Volksentscheides. 32 von 54 Namensabstimmungen sind also in «Tarife» eingeflossen; eine Abstimmung (N4) kommt in zwei «Tarifen» vor. Das Bild ist mit dem dritten «Tarif» also noch kompletter geworden. Denn immerhin repräsentieren die 54 Namensabstimmungen jene politischen Bereiche, von denen mindestens je eine Fraktion annahm, dass sie auch die Wähler interessieren. Die Möglichkeit, eine Namensabstimmung durchzuführen, hat praktisch jede Fraktion, vor allem natürlich die grossen bürgerlichen: es braucht lediglich zehn Unterschriften, um sie zu verlangen.

Wenn beim «Sozialtarif» der Einwand noch naheliegt, die SP mache Eigenwerbung, so ist der Vorwurf beim «Umwelttarif» und beim «Demokratietarif» völlig hinfällig. Es ist gleichsam die Konkurrenz, die diese «Tarife» aufgestellt hat. Dass im Gesamtergebnis der drei «Tarife» dennoch die SPS – knapp vor der LdU/EVP – an der Spitze liegt, ist nicht überraschend. Seit dem Regierungsbeteiligungsparteitag hat die Fraktion nicht nur eine konsequent rot-grüne Haltung eingenommen, sie hat vor allem auch ihre Geschlossenheit bemerkenswert gesteigert. Sie war im Einsatz für eine massvolle Sozialpolitik ebenso verlässlich wie im Engagement für die Umwelt und für mehr Demokratie.

Pressedienst der SPS